

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 135.

Sonnabend, den 15. November

1890.

Auf Folium 164 des Handelsregisters für die Stadt ist heute das Erlöschen der Firma **Max Rockstroh in Eibenstock** verlaublich worden.
Eibenstock, am 11. November 1890.

Königliches Amtsgericht.

S. B.: **Vorzig**, Aff., D.-R.

Lgr.

Bekanntmachung, die Volkszählung betreffend.

Am 1. Dezember dieses Jahres findet im Deutschen Reich eine Volkszählung statt.

Die hiesige Stadt ist zu diesem Zweck in 44 Zählbezirke eingetheilt und für jeden Bezirk ein Zähler, welcher die Austheilung, Revision und Wiedereinsammlung der Haushaltungslisten besorgt, ernannt worden.

Die Herren Zähler werden die Austheilung der Zählungslisten in den letzten Tagen des November vornehmen.

Wir machen hierdurch auf die Wichtigkeit der vorzunehmenden Zählung für Reich, Staat und Gemeinde ganz besonders aufmerksam. Dieselbe soll den Zustand des Reiches in allen seinen einzelnen Theilen bezüglich der Bevölkerung erkennen lassen.

Sie wird in den nächsten Jahren bei volkwirtschaftlichen Fragen als Unterlage dienen und es ist somit von ihrer Richtigkeit und Genauigkeit die fernere Entwicklung des Volkswohlstandes zum Theil mit abhängig.

Die hiesige Einwohnerschaft, namentlich aber die Herren **Haushaltungsvorstände** und alle die, denen die Ausfüllung der Listen obliegt, werden daher ersucht, die Ausfüllung der letzteren in Gemäßheit der vorgebrachten Anleitung vorzunehmen, in Zweifelsfällen aber bei den Herren Zählern oder an Rathsstelle sich Auskunft zu erholen.

Die Wiedereinsammlung der Listen beginnt am 1. Dezember Mittags.

Eibenstock, am 27. Oktober 1890.

Der Stadtrath.

Völscher, Bürgermeister.

Wsch.

Wegen der hier und in der Umgebung aufgetretenen **Maul- und Klauen- seuche** findet der für **Dienstag, den 18. ds. Monats** festgesetzte **Viehmarkt** allhier auf deshalben gestellten Antrag des königlichen Bezirkstierarztes **nicht** statt.

Stadtrath Adorf,

den 11. November 1890.

Die Thronrede,

mit welcher der Kaiser die Session des preussischen Landtages eröffnet hat, wurde diesmal in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus mit Spannung erwartet.

Zwar hatte Kaiser Wilhelm bereits in der ersten Thronrede bald nach seinem Regierungsantritt die Grundlinien des Regierungssystems, welchem er zu folgen gewillt ist, in großen Strichen gezeichnet. In dessen es war erst ein Wechsel der leitenden Persönlichkeiten notwendig, um die praktische Durchführung jenes ersten Regierungsprogramms zu ermöglichen. Dieser Wechsel ist nun erfolgt: Deutschland hat einen neuen Kanzler und damit Preußen zugleich einen neuen Ministerpräsidenten; außerdem aber hat Herr v. Scholz dem Herrn Dr. Miquel den Posten des Finanzministers überlassen und auch in Stellen zweiten Ranges, die aber immerhin noch von großer Bedeutung sind, sind frische Kräfte eingetreten.

Die hauptsächlichste Vorlage, mit welcher sich der preussische Landtag zu beschäftigen haben wird, ist die der Steuer-Reform. Diese ist schon seit Jahren versprochen worden, sie war bereits durch eine Thronrede angekündigt, aber das Augenleiden des früheren Finanzministers von Scholz, wahrscheinlich aber auch noch andere, tiefer liegende Gründe, haben das wichtige Reformwerk bisher verzögert. Ob Herr Miquel eine glücklichere Hand gehabt hat, als sein Vorgänger, ist natürlich heute noch nicht zu sagen — aber alle Parteien des Hauses und alle Kreise des Volkes hoffen es. Herr Miquel hat lange Zeit schon als Finanzminister-Kandidat gegolten, aber so lange Fürst Bismarck im Amte war, blieb es eben bei der Kandidatur. Herr Miquel gehörte der nationalliberalen Partei an und dennoch begegneten seine Reformansichten betreffs einer gerechteren Steuervertheilung denen des Kaisers.

Hunderttausende in Preußen sahen der am Mittwoch eröffneten Landtagssession hoffnungsvoll entgegen. Der größere Besitz wird durch die angekündigte Reform-Gesetzgebung größere Opfer bringen müssen, um den mittleren und kleinen Besitz zu entlasten, aber erfreulicherweise ist der Sinn für die sozialen Verpflichtungen geschärft, das Bewußtsein vorhandener sozialer Gefahren geweckt und so wird auch das „noblesse oblige“ von den Reichen und Wohlhabenden lebhafter empfunden, so daß sich von dieser Seite dem Reformwerk keine Hindernisse in den Weg stellen werden.

Dieserigen Sätze der Thronrede, welche die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen und gewerblichen Betriebe als Ziel der Steuerreform bezeichneten, wurden schon von den versammelten Landboten im Weissen Saale mit kräftigen Beifallskundgebungen aufgenommen und darf auch im Lande des freudigen Widerhalles sicher sein. Daß bei Erbschaften etwas höher gesteuert werden soll, paßt in den Rahmen der Steuerreform; denn auch hier sollen die

kleinen Erbschaften freigelassen werden und die Steuer betrifft ja überhaupt das fundirte Vermögen.

Die durch die Thronrede in Aussicht gestellte Gemeindeordnung für die östlichen Provinzen Preußens hat zwar zunächst einen provinziellen Charakter, ist aber ihrer Vorbildlichkeit wegen ebenso wichtig, wie das schon durch die Verfassung versprochene und nun erst zur Vorlage gelangende Volksschulgesetz.

Von den Außerlichkeiten bei der Landtagseröffnung ist besonders erwähnenswerth, daß die Abgeordneten ungewöhnlich zahlreich erschienen waren; man erinnert sich keiner Eröffnungsfeierlichkeit des preussischen Landtages, die von den Landboten so stark besucht war. Dem feierlichen Acte wohnten Männer aller Parteien bei. Die Aufforderung des Kaisers und Königs an die Versammlung, vertrauensvoll mit der Regierung zur Lösung der hochwichtigen gesetzgeberischen Aufgaben zusammenzuwirken, wurde mit allseitigem lauten Bravo aufgenommen. Mag dies eine gute Vorbedeutung für die begonnene Session sein!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Erleichterung und Beschleunigung des in letzter Zeit erheblich gestiegenen telegraphischen Verkehrs zwischen Deutschland und Italien ist in diesen Tagen zwischen Berlin und Rom neben den bisherigen Verbindungen auf dem Wege durch die Schweiz eine neue telegraphische Leitung auf dem kürzesten Wege über Bayern und Tirol hergestellt und in Betrieb genommen worden.

— Wie dem „Hamb. Korv.“ bestimmt versichert wird, ist bei der Anwesenheit des Königs der Belgier in Berlin die Congofrage zur Sprache gekommen, die Reichsregierung hätte, um das Gleichgewicht im Budget der Congoregierung herzustellen, zugestimmt, daß die Eingangszölle nach dem Congo erhöht werden. Gegen eine solche Erhöhung hat sich bekanntlich die holländische Regierung, vielleicht von Frankreich mit dazu bestimmt, ausgesprochen. Sollte sie auf ihrer Weigerung beharren, so wird vermuthlich Deutschland sich veranlaßt sehen, Repressalien gegen Holland zu ergreifen. Eine der schwersten wäre, wenn Deutschland das bisherige Auslaufen der Schiffe in Blistingen nach einem anderen Hafen, etwa Antwerpen, dirigiren würde. (Trotz der Bestimmtheit, mit welcher diese Nachricht auftritt, klingt sie nicht glaubhaft. Wie läme Deutschland dazu, für den Congostaat so direkt einzutreten?)

— Rußland. Nach einer der „R. Z.“ zugegangenen Nachricht nimmt die Auswanderung aus dem westlichen Rußland nachgerade einen unheimlichen Umfang an. Ganze Dörfer stehen leer, oder bergen nur noch Greise, Krüppel und Kranke, welche zurückgelassen wurden. Die alleinige Ursache bestände darin, weil die Menschen in ihren nationalen und kirchlichen Gefühlen aufs schwerste verletzt würden.

— Frankreich. Die Regierung hat der „Gesellschaft der Freunde Rußlands“ die offizielle

Anerkennung versagt, obgleich dieselbe aus achtbaren Persönlichkeiten besteht. Es ist das aus Gründen der Vorsicht geschehen, da die Gesellschaft einmal auch von unverständigen Personen überfüllt werden könnte. Die Verjagung der offiziellen Anerkennung steht in dessen der Wirksamkeit genannter Gesellschaft nicht im Wege. (Jedenfalls befürchtet die Regierung, in Deutschland Anstoß zu erregen.)

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 14. Novbr. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergänzungswahl haben von 473 stimmberechtigten Bürgern 153 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Es erhielten:

Herr Alban Reichsner	134 Stimmen,
„ Ludwig Gläß sen.	101 „
„ Oswald Rieß	101 „
„ Gustav Diersch	78 „
„ Eugen Dörffel	71 „
„ Emil Schubart	52 „
„ Heinr. Jochimsen	44 „

Die nächstmeisten Stimmen erhielten:

Herr Carl Müller	41
„ Emil Strözel	39
„ Herm. Bleichschmidt	39
„ Bernh. Völscher	36
„ Wilh. Dörffel	36
„ Herm. Kestler	35
„ E. W. Lorenz sen.	34
„ Oscar Georgi	25
„ Emil Eberwein	24
„ Rajetan Ott	21

— Eibenstock. Herr Stadtverordn. Ludwig Gläß sen. hat seine schulfreundliche Gesinnung aufs neue dadurch bethätigt, daß er unserer Schule die Willnisse Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm II. und seiner Gemahlin, der Kaiserin Augusta Viktoria in prächtigen Rahmen überwies.

— Schönheide, 14. Novbr. Der „Verein für Geflügel-Freunde“ beschloß in seiner letzten Versammlung, seine III. große allgemeine Geflügel-Ausstellung, verbunden mit Verloosung und Concert, am 25. und 26. Januar 1891 im Saale des „Gambrius“ hier abzuhalten.

— Der junge Theologe, welcher unerkannt in Chemnitz 3 Monate als Fabrikarbeiter thätig war, schreibt in Bezug der Sozialdemokratie zu der Person des großen Nazareners Folgendes: So viel Christenthum da unten auch verloren, soviel kirchliches Leben geschwunden scheint, eins ist geblieben: die Achtung und Ehrfurcht vor Jesus Christus. Auch dem eingepärgeltesten Sozialdemokraten und Kirchenhasser fehlt sie nicht, ja gerade weniger als manchem sozialdemokratisch Nichtengagierten. Wohl macht man sich ein ganz anderes Bild von diesem Jesus von Nazareth; man lächelt über seine von den Theologen ihm „zugemuthete“ Göttlichkeit; in ihren Augen ist er meist nur der große soziale Reformator, der mit religiösen Mitteln, aber vergeblich, das goldene Weltalter schaffen